28. Beilage im Jahr 2017 zu den Sitzungsunterlagen des XXX. Vorarlberger Landtages

---

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 28/2017

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 17.03.2017

Betreff: Entlastung. Jetzt! - Kampf gegen die heimliche Steuererhöhung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir NEOS haben uns als Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den „(un)heimlichen“ Griff in unsere Taschen noch dieses Jahr zu stoppen. Denn die Steuerlast in Österreich steigt jedes Jahr ganz automatisch klammheimlich an. SPÖ und ÖVP nennen das „Kalte Progression“, wir nennen es Zukunftsraub. Nun gilt es, von Landesseite den Druck entsprechend zu erhöhen.

Auch Landeshauptmann Markus Wallner unterstützt in zahlreichen Presseaussendungen die Abschaffung der „Kalten Progression“: "Der Vorschlag nach einer laufenden automatischen Anpassung ist zu unterstützen", heißt es in einer Aussendung vom 10.10.2016. Sollte man nichts gegen die "kalte Progression" unternehmen, werde das, was den Menschen durch die letzte Steuerreform mehr bleibt, über die Jahre wieder aufgefressen und "die Wirkung verpufft", bestätigt LH Wallner.[1]

Trotzdem halten die Ankündigungsweltmeister auf Bundesebene (SPÖVP) es nicht für notwendig, diesen Zukunftsraub umgehend zu beenden, sondern lassen sich bis 2019 Zeit. Ab dann wollen sie – so die aktuellen Ankündigungen – auf ein Inflationswachstum von fünf Prozent warten, bis eine teilweise Inflationsanpassung der Steuertarife greift.

Zudem sollen offenbar nicht alle Steuerstufen in die Inflationsanpassung hineingenommen werden. Beides würde bis 2021 Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in Milliardenhöhe bedeuten. Allein in den Jahren 2017 und 2018 summiert sich die heimliche Steuererhöhung auf 800 Millionen Euro. Die NEOS fordern daher von der Regierung: Belasten Sie die Steuerzahler nicht weiter! Stoppen Sie noch im Juli dieses Jahres den Griff in die Taschen der Menschen, damit ihnen mehr Geld zum Leben bleibt.

---

[1] Siehe dazu http://lh.vorarlberg.at/lh/dist/vlk.html?id=12732

Vor diesem Hintergrund stellen wir gem. § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck für eine dahingehende gesetzliche Regelung einzusetzen, dass die aus der so genannten ‚Kalten Progression' resultierende indirekte Einkommenssteuer- bzw. Abgabenerhöhung durch eine automatische Indexierung bzw. Inflationsanpassung der Einkommensgrenzen für die verschiedenen Steuertarife bereits ab 2017 dauerhaft vermieden wird."

Dr. Sabine Scheffknecht PhD Mag. Martina Pointner

Der XXX. Vorarlberger Landtag hat in seiner 4. Sitzung im Jahr 2017, am 10. Mai, ausgehend vom Selbständigen Antrag, Beilage 28/2017, der mit den Stimmen der VP-, der FPÖ-, der SPÖ- und der NEOS-Fraktion mehrheitlich angenommen wurde (dagegen: Die Grünen) und nach einem VP-Abänderungsantrag, der mit den Stimmen VP-, der FPÖ-, der SPÖ- und der NEOS-Fraktion mehrheitlich angenommen wurde (dagegen: Die Grünen), nachstehende Entschließung gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck für eine dahingehende gesetzliche Regelung einzusetzen, dass die aus der so genannten ‚Kalten Progression' resultierende indirekte Einkommenssteuer- bzw. Abgabenerhöhung durch eine automatische Indexierung bzw. Inflationsanpassung der Einkommensgrenzen für die verschiedenen Steuertarife bereits ab 2018 dauerhaft vermieden wird."